

# Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: „Landmanns Sonntagsblatt“ und „Militärisches Unterhaltungsblatt“. — Bezugspreis: Monatlich für Abholer 1,25 M., durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,35 M., in den Landorten 1,40 M., durch die Post 1,45 M. — Am Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung, Streik usw. erfolgt jeder Anspruch auf Lieferung d. h. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die halbtägige Zeitspaltel oder deren Raum 15 Pfg., die 3spaltige Reklameweile 40 Pfg., Anzeigenabgabe 50 Pfg. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für wichtige Wiederbelege unbedingt gegen Vorabzahlung aufgegebenen Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beilagengebühr: 10.— Mk. das Laubend, auszüglich Postgebühren. Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 7

Dienstag, den 15. Januar 1929

31. Jahrg

## Donnerstag, den 24. Januar Schweinemarkt

in Kemberg. Der Markt beginnt um 8 Uhr. Kemberg, den 11. Januar 1929. Der Magistrat.

## Brennholz-Versteigerung.

Freitag, den 18. Januar, 10 Uhr, sollen im Stadtfort Oppin

- 94 rm kiefernes Scheitholz
- 130 " " Kollholz
- 41 " buchenes u. birkenes Kollholz
- 2 " Kuchschicht
- 70 Kieferne Reifighaufen (Kahlhieb und Durchforstung)

versteigert werden. Sammelort: Forsthaus, Bedingungen im Termin. Kemberg, den 12. Januar 1928. Der Magistrat.

## Preußens Verwaltungsreform

Seit mehr als 20 Jahren geklert nunmehr der Plan einer Verwaltungsreform durch die Politik Preußens. Bereits mehrere Male sind Vorschläge gemacht worden, um diese Idee in die Welt politischer Realitäten zu übertragen, wobei zahlreiche Einzelentwürfe auch schon vor das Forum des Landtags gekommen waren, ohne daß sich jedoch in den ausschlaggebenden Punkten eine Einigung hätte erzielen lassen. Seit im Jahr 1909 einer Kommission der Auftrag gegeben worden war, Vorschläge zu einer Vereinigung der preußischen Verwaltung zu machen, haben sich Große und Große, darunter Männer wie der Unterstaatssekretär Mügel und der spätere Innenminister und jetzige Präsident des Oberverwaltungsgerichts Drems, an dem Problem versucht. Immer wieder scheiterten alle Vorlagen an dem Widerstand des preußischen Parlaments, wobei es weniger die großen Grundlinien der vorgelegten Pläne waren, die das Schicksal solcher Entwürfe bestimme, als vielmehr die zahllosen kleinen Einzelheiten. Wie es leider die Gewohnheit der parlamentarischen Sitten unserer Zeit mit sich führt, klammerten sich die Parteien an die Details, und der große Vereinigungsgedanke ging in langen und nutzlosen Einzeldebatten unter.

Der Plan zu einer Reform der allgemeinen preußischen Staatsverwaltung und des geltenden kommunalen Rechts, den der preussische Innenminister Gresselt in programmatischen Erklärungen vor der Presse jetzt angeklügelt hat und der demnächst den preussischen Landtag beschäftigen wird, packt nun die Sache demütig von anderer Seite an. Er vertritt zunächst auf eine eingehende Darstellung aller geplanten Maßnahmen im einzelnen und legt die großen Linien einer Vereinigung des preussischen Verwaltungsprinzips und Verwaltungsapparates dar, der den Rahmen zu einem durchgearbeiteten, einheitlichen Plan bilden soll. Es ist nicht zu leugnen, daß der Zeitpunkt für eine Vereinigung des staatsbürokratischen Apparates vom politischen Standpunkt aus, wenn vielleicht auch nicht tatächlich günstig, so doch praktisch richtig gewählt ist. Der Gedanke der Reichsreform ist unaußsichtbar in den Gedankenkreis der Öffentlichkeit übergegangen, und es ist sicher richtig, daß, wie der Minister selbst dieser Tage in einem Berliner Blatt im einzelnen darlegte, die staatliche Verwaltungsreform — richtig gesehen — eine notwendige Voraussetzung für die Reichsreform sein wird, gleichgültig, wie viele letztere später im einzelnen aussehen wird. „Der Verwaltungsapparat“, so heißt es in dem Artikel Gresselts, „wie er jetzt in den einzelnen Ländern vorhanden ist, wird auch für den Reichseinheitsplan unentbehrlich sein, gleichgültig, in welchem Maße er dezentralisiert sein wird.“

Aus diesen Ausführungen des für die preussischen Verwaltungsreformpläne heute maßgebenden Mannes geht schon ein Hauptgeheimnis hervor, unter dem der Umbau des Verwaltungsapparates vor sich gehen muß: Die staatliche Verwaltungsreform muß von vorneherein auf die Zukunft ausgehen sein und zwar nicht nur, was das Land angeht, zu dessen Gebrauch

sie aufgestellt wird, sondern auch hinsichtlich der Bedürfnisse, die sich aus dem Verhältnis zum Gesamtreich ergeben. Gemäß der kürzeren Stellungnahme der preussischen Regierung zur Reichsreform tritt hierbei in dem Plan Gresselts der Gedanke in den Vordergrund, daß die Zentralstellen des Reiches zur effektiven Durchführung einer Reihe reichsweiter Angelegenheiten nicht in die Verantwortung versetzt werden, sich einen eigenen Behördenunterbau zu schaffen, daß sie sich vielmehr jeweils der dazu geeigneten Landesbehörden bedienen können, denen die betreffenden Angelegenheiten auf dem Wege der Auftragsvermittlung (ein Beispiel hierfür haben wir bereits bei der Reichsministerienverwaltung) übertragen werden. Es ist dabei allerdings zu bedenken, daß der Reichstag den entgegengeetzten Standpunkt vertritt und die Auftragsvermittlung durch einen reichsweiten Behördenapparat ersehen möchte. Ist aber nun einmal Vereinfachung und Vereinfachung das Ziel (wobei der Staatsverwaltungs- als auch der Reichsreform, so gilt es vor allem, dem unerbittlichen Durcheinander der Instanzen, dem schwerfälligen und kostspieligen Nebeneinander gleichartiger Dienststellen ein Ende zu machen. Die Liste dieser Fälle ist unendlich. Für was alles haben wir nicht gleichartige Verwaltungen in Ländern und Reich! Angefangen von den Bauverwaltungen, Forstverwaltungen, staatlichen Ämtern, Polizeibehörden, Kommissaren usw. bis zu den Jällen, wo die gleichen Gebiete sowohl von Reichs- wie von Landesbehörden bearbeitet werden müssen, wie bei Steuerfragen, bei Fiskusfragen, den Grenzvermessungen zu Zwecken der Landesgrenzenlinie einerseits und der Katasterämter andererseits usw. ad infinitum.

Abgesehen von solchen grundsätzlichen Erwägungen geht der preussische Reformplan hinaus, auf eine Dezentralisierung der Aufgaben nach unten, während Aufgaben der unteren Instanzen zum Teil vor der Mittelinstanz der Regierungspräsidenten zusammengefaßt werden sollen. Demersprechend wird die Stellung der Oberpräsidenten und der Regierungspräsidenten in wesentlichen Punkten abgeändert, ohne daß jedoch — was von mancher Seite her scharfe Kritik auslösen wird — die genannten Behörden in eine einheitliche Mittelinstanz zusammengezogen werden sollen. Vor allem werden die Oberpräsidenten zukünftig vor allem ihre Aufgabe in der Ausführung der politischen Vertrauensstellung zu sehen haben, wodurch sie, wie es in dem Entwurf heißt, „zu einer Art Provinzialminister“ gemacht werden, während die allgemeine Landesverwaltung, die Polizeiangelegenheiten und die Aufsicht über die Lokalinstanzen in vollem Umfang bei den Regierungspräsidenten verbleiben. Es wird abgewartet sein, was bei den Beratungen des Parlaments von diesen Plänen übrig bleibt.

## Um den neuen Etat.

### Wie wird das Defizit gedeckt?

Wie jetzt bekannt wird, legt der Reichsfinanzminister am Montag dem Reichstag den neuen Haushaltsplan für das Jahr 1929 vor. Wenn das Reichsamt des Entwurfs genehmigt hat, geht er an den Reichstag und von dort an den Reichstag. Es ist fraglich, ob es noch möglich sein wird, den Etat rechtzeitig bis zum 1. April zu erledigen.

Auf Grund von Anstrebungen sind in der Presse verschiedene Einzelheiten über den Haushaltsplan bereits jetzt bekannt geworden, obwohl eine offizielle Veröffentlichung noch nicht erfolgt ist. Demnach balanciert der Etat mit rund 10 Milliarden Mark. Infolge der erhöhten Leistungen für die Reparationen beträgt das Defizit rund 500 Millionen, die sich auch durch Einsparungen nicht verringern lassen sollen. Zur Deckung dieses Defizitbetrages ist geplant, die Biersteuer um rund ein Drittel zu erhöhen, so daß fast 700 Millionen 470 Millionen daraus entnommen werden können. Weitere 100 Millionen sollen aus einem Mehrertrag des Spiritusmonopols gewonnen werden. Durch Steigerung der Sätze für die großen Vermögen wird eine wesentliche Erhöhung der Vermögenssteuern und eine geringere Erhöhung der Einkommensteuern herbeigeführt werden. Auch die Reichspost soll ihre Aufgaben an das Reich übergeben, während die Anteile der Länder an den Uberschüssen der großen Reichsteuern um rund 100 Millionen erhöht werden sollen.

Diese Ausführungen wurden von zuständiger Stelle zwar nicht bestritten, vielmehr betonte man, daß es sich hier um Maßnahmen handelt. Es ist ja auch weiterhin möglich, sogar wahrscheinlich, daß bei der Beratung innerhalb des Reichstages der Haushaltsplan nach einer Änderung unterzogen wird. Schon jetzt rechnet man damit, daß der Plan auf nicht geringe Schwierigkeiten auch in der Reichsregierung stoßen wird. Um so komplizierter dürfte sich dann die Verhandlungen in den Parlamenten gestalten.

## Neues in Kürze.

\* In einer Instanzellen, später aber als „Kriegsruhen“ ausgelegt, Besatzung erklärte der „Großherzog“ des Weichen Hauses, Deutschland könne weiterhin jährlich zweieinhalb Milliarden Reparationen bezahlen.

\* Nach Rumäner Nachrichten, während deren Poincaré in einer großen Rede hinsichtlich des Schweizerländigen-Gutachten schmerzliche Vorbehalte formuliert, erwidert die französische Regierung mit verhältnismäßig schwacher Mehrheit ein Besatzungsdatum.

\* Nach Londoner Informationen soll Amonalich sein Reformprogramm gänzlich aufgegeben haben.

## Finanzielle Kriegsfolgen.

### Bulgarische Verhandlungen in Berlin.

— Berlin, 13. Januar.

Über den Gegenstand der zurzeit in Berlin imgehenden Verhandlungen zwischen der bulgarischen Regierung und der Disconto-Gesellschaft erklärt man folgendes:

Im Jahre 1914 nahm Bulgarien in Deutschland eine Anleihe auf, die von einem Konsortium unter Führung der Disconto-Gesellschaft übernommen wurde. Als die Disconto-Gesellschaft nach Kriegsende an Bulgarien wegen Liquidierung der Anleihe herantrat, ergaben sich Schwierigkeiten. Für seine Teilnahme am Kriege hatte Bulgarien von Deutschland monatliche Hilfsgebühren in Höhe von 50 Millionen Mark zugesichert erhalten, von denen bei Kriegsende noch 850 Millionen Mark zu zahlen waren. Dieses Guthaben war von der bulgarischen Regierung, die es gemäß Artikel 145 des Friedensvertrages von Neuilly auf die Reparationskommission übertragen werden mußte, vorläufig geperert worden, bis Bulgarien einen gegenseitigen Beschluß der Reparationskommission bekräftigte. Dieses tat Bulgarien nicht. Einem von deutschen Banken gemachten Vorschlage, die 850 Millionen Papiermark in währungsstabilen Reichsmark umzuwandeln, gab Bulgarien nicht seine Zustimmung. So kam es, daß das Guthaben der bulgarischen Nationalbank durch die deutsche Instanz völlig inaktiviert wurde. Um seinen Verlust in etwas zu decken, wollte Bulgarien einen Teil seiner Anleihe auf die Disconto-Gesellschaft als politische Schuld, als Gläubiger demnach Deutschland, anleihen, und stellte entsprechende Gegenforderungen. Die Disconto-Gesellschaft weigerte sich schließendlich, diese private Forderung an Bulgarien als politische Angelegenheit zu betrachten und bestand auf ihren Verlangen der direkten Erhebung.

Als nun Bulgarien 1928 beim Währungsstabilen eine Stabilisationsanleihe aufnehmen wollte, zu deren Unterpfand auch die bulgarischen Eisen- und Kupfererzfelder dienen sollten, machte die Disconto-Gesellschaft ihr Primärrecht geltend auf die Zölle geltend. Unter Verzichtnahme dieses Primärrechtes machte der Währungsstabilen die Gewährung der Anleihe von einer vorherigen Restzahlung Bulgariens mit der Disconto-Gesellschaft abhängig. Auf Grund von demnächst eingeleiteten Verhandlungen kam es im Herbst 1928 auch zu einer vorläufigen Einigung, wonach Bulgarien sich verpflichtete, nach Aufhebung der Währungsstabilen mit der Disconto-Gesellschaft direkte Verhandlungen wegen Begleichung des Währungsstabilen eingeleitet zu werden. So sollte ein partielles Schuldverhältnis entstehen. Hierauf zog die Disconto-Gesellschaft ihren Einspruch zurück, und die Anleihe wurde Bulgarien gewährt.

Die nunmehr in Berlin im Verfolg des vorliegenden Abkommens stattfindenden Verhandlungen Bulgariens mit der Disconto-Gesellschaft haben einen umfangreichen Fragekomplex zu beschäftigen, so daß mit einer mehrwöchigen Dauer zu rechnen ist.

## Poincaré macht Vorbehalte.

Deutschland soll für Frankreichs Kriegsschulden haften  
— Paris, 14. Januar.

Im Verlaufe der Nachsicherung der Kammer ergieß Ministerpräsident Poincaré das Wort zu längeren Ausführungen, wobei er auch auf Frankreichs Vorbehalte in Bezug auf die Reparationskonferenz zu sprechen kam. Er führte dabei u. a. an:

Die Gläubigerregierungen haben Wert darauf gelegt, Deutschland die Pflicht und die Bedeutung ihrer gegenseitigen Pflichten mitzuteilen. Deshalb ist die einstimmige der Meinung gewesen, die Verpflichtungnahme zu ergreifen, Deutschland über das Mindestmaß zu unterstützen, das sie annehmen könnten. In einer Note hat die französische Regierung verlangt, daß ihr genügend

hohe Summen vorbehalten bleiben, um ihre Zahlungen an Amerika leisten zu können und eine Entschädigung zu erhalten, um ihre Reparationen zu decken. Deutschland hat Vorbehalte gemacht, aber hat keine Zustimmung zu der Gewährung der Schweizerländigen gegeben. Ich halte anfrichtig, daß nach aufmerksamer Prüfung der Sachverhältnisse ausdiesem anzuerkennen wird, daß die französischen Forderungen maßig sind, daß die gegenwärtigen Jahreszahlungen

der deutschen Zahlungsfähigkeit angepaßt sind und der Bericht Parter Gilberts eine geeignete Unterlage für die Verhandlungen bildet. Wenn der Zustand nicht zu dem Ergebnis kommen sollte, wird man am Dampfen festhalten müssen, da dieser solange bestehen wird, bis er durch eine andere Lösung erlegt werden kann. Wenn aber der Zustand

Ich, wie ich hoffe, eine Klugheit findet, die den Interessen der Gläubiger und den berechtigten Interessen Frankreichs entspricht, so wird die Stellung Frankreichs gegenüber seinen Gläubigern bedeutend verbessert. Die französischen Schulden sind dann garantiert durch die Zahlungen Deutschlands. Das ermöglicht vielleicht eine neue Prüfung der Schuldenfrage.

### Vertrauensvotum für die Regierung.

Bei der Abstimmung über die von den Radikalsozialisten eingetragene Tagesordnung in der Nachsitzung der französischen Kammer wurden 317 dagegen und 253 Stimmen dafür abgegeben. Die Regierung verfügt daher bei der ersten Abstimmung über eine Mehrheit von 64 Stimmen.

Am Sonnabend früh kurz vor 1 1/2 Uhr fand die Interpellationsdebatte in der Kammer dann mit einem Rezitationsvotum für Poincaré ihren Abschluß. Dafür stimmten 325 und dagegen 251 Abgeordnete, so daß die Regierung über eine Mehrheit von 74 Stimmen verfügt.

## Sphinx Coolidge.

### Ueberraschende Erklärung des Weissen Hauses.

Washington, 12. Januar.

In einer aufsehenerregenden Erklärung des Weissen Hauses ließ Präsident Coolidge bekanntgeben, daß seinen Informationen zufolge die einzige Aufgabe des Reparationskomitees in der Festlegung der deutschen Gesamtschuld bestehe. Die Höhe der Annuitäten, so fügte der offizielle Sprecher (jeweils entweder der Präsident selbst oder ein von ihm genau beauftragter Beamter, die Ned.) hinzu, werde mit zweieinhalb Milliarden Mark fest. Es bleibe nur übrig, über die Zahl der Annuitäten eine Einigung herbeizuführen. Da Coolidge von Gilbert, Young und allen maßgebenden Persönlichkeiten über den Stand der Dinge informiert wurde, kann kein Zweifel bestehen, daß seine Erklärung den amtlichen amerikanischen Standpunkt definiert, und daß damit noch vor dem Zusammenbruch der Sachverständigen zweieinhalb Milliarden als annehmbare Annuität für Deutschland bezeichnet ist.

Der Präsident ließ weiterhin seine Auffassung dahin präzisieren, daß die amerikanische Regierung der Beteiligung der amerikanischen Experten nur auf Europas ausbreitlichen Wunsch zustimme.

### Diese Experten seien jedoch nicht amerikanische Regierungsvertreter.

Ihre Berufung sei ausschließlich eine Angelegenheit der europäischen Regierungen. Erst später, wenn ein neuer Verteilungslüssel für die zu erwartende neue Reparationsvereinbarung verabredet werden müßte, würden offizielle Vertreter der Vereinigten Staaten an den Beratungen teilnehmen. Amerika habe das deutsche Eigentum

habe aber noch immer Interesse an einer Sicherung seiner Ansprüche gegen die deutschen Staatsangehörigen sowie an den Kosten der Rheinlandbelagerung. Man dürfe auf ein befriedigendes Ergebnis hoffen. Denn auch der Dawes-Plan habe sich als Erfolg erwiesen.

Nach einer späteren Interpretation soll die Forderung des „Sprechers“ lediglich so anzufassen sein, daß das Weisse Haus eine Revision der deutschen Jahreszahlungen „inestwegs für ausgeschlossen hält“, sie aber auch nicht begünstigt.

### Ein laßames Dementi.

#### Die Erklärung mißverständend?

Berlin, 12. Januar.

Künftigst durch den Einbruch, den die Erklärung Coolidges hervorgerufen hat, wird nun in einer Art Dementi, das nicht aus Washington kommt, sondern in Berlin verbreitet wurde, erklärt, nach einer „zufälligen“ Stelle sei der Sprecher mißverständend worden. Nach „anscheinend richtigen Meldungen“ habe der Sprecher erklärt, die ganze Frage drehe sich um die Festlegung des von Deutschland zu zahlenden Endbetrages und, wenn Deutschland weiterhin 2,5 Milliarden jährlich zahlen könne, dar-

um, wie lange es die Zahlung der Jahresleistungen fortzusetzen hätte.

Die loderbare Erklärung des amerikanischen Botschafters muß als ganz außerordentlich überraschend bezeichnet werden. Sie steht in glattem Widerspruch mit der Bestimmung, daß die Sachverständigen in vollkommener Unabhängigkeit und ohne jegliche Bindung an Regierungsaufforderungen zu unteruchen haben, welches die tatsächliche Leistungsfähigkeit Deutschlands ist. Eine solche Unteruchung hat sich natürlich ebenso sehr auf die Höhe der Gesamtschuld wie auf die Höhe der einzelnen Jahresleistungen zu erstrecken. Die Sachverständigen können ihrer Arbeit in keiner Weise gerecht werden, wenn die einzelnen Regierungen sie vorher durch öffentliche Verlautbarungen auf bestimmte Summen festlegen. Es ist besonders eräunlich, daß man gerade von einer amerikanischen Seite gegen diesen Grundtat verstoßt, da in Amerika politische Erwägungen doch sicher nicht mitsprechen. Der Verdacht ist nahegelegt, daß bei dem amerikanischen Präsidenten die Mühsicht auf die Leistungsfähigkeit der Schuldstaaten Amerikas den Ausschlag gegeben hat. Schematisch sieht man auch hier wieder einmal, wie verheerend der Bericht Parler Gilberts gewirkt hat!

### Weniger kompetent als Parler Gilbert?

Die wahre deutsche Finanzlage nach Urteil eines Mitglieds der Reparationskommission.

London, 12. Januar.

Der Pariser Berichterstatter des „Manchester Guardian“ hatte eine Unterhaltung mit einer führenden Persönlichkeit der Reparationskommission, deren Name nicht genannt wird, die aber offenbar in französischen Kreisen zu suchen ist.

Der Gewährungsmann des Berichterstatters gab offen zu, daß die in der französischen Presse aus dem letzten Bericht Parler Gilberts gezogenen Schlusfolgerungen zu weitgehend seien und insbesondere der Transferausgleich heute noch nicht so überfällig sei, wie das auf französischer Seite dargestellt werde.

### Der schöne Traum ausgeträumt?

#### König Aman Allah gibt seine Reformen auf?

London, 13. Januar.

Die afghanische Zeitung „Aman Afshan“ veröffentlicht nach Meldungen aus Neu-Delhi einen Aufruf König Aman Allahs, wonach sein Reformprogramm nahezu restlos aufgegeben wird.

Der Aufruf kündigt an, daß die nach der Türkei zur Anschaffung entlassenen Soldaten zurückberufen werden sollen, die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht abgelehnt wird, europäische Kleidung in Zukunft abgelehnt werden soll und den Soldaten fünfzig Pfennig freigelegt, sich der Gefolgschaft der sogenannten Heiligen Männer anzuschließen. Daneben kündigt der Aufruf die Bildung eines Rates von 50 Stammesmitgliedern an, in dem die Gesetze, der Adel und das Beamtenamt vertreten sein sollen.

um die gegenwärtige Forderung Afghanistans in Uebereinstimmung mit den moslemischen Gebrauchen zu ergänzen

und die bisher in gewissen Gegenden hierzu getroffenen Entschcheidungen der neugegründeten Provinzialvertretungen aufzugeben.

König Aman Allah hat danach, die richtige Wiedergabe des Aufrufes vorausgesetzt, sein Reformprogramm so gut wie vollständig aufgegeben.

Wie über die Vorgänge in Afghanistan im allgemeinen ein klares Bild — mangels direkter Nachrichten — noch nicht vorliegt, so sei auch gegenüber obiger Information zur Vorsicht gemacht. Sowohl die Londoner als auch die Moskauer Depeschen über die Ereignisse in Kabul, besonders die letzteren, haben sich häufig als stark tendenziös erwiesen, ohne daß — ein Beispiel zur Beurteilung der jetzigen Haltung mit Sicherheit anwendbar wäre — hat Aman Allah aber sein Reformprogramm wirklich in dem oben geschilderten Maß aufgegeben, so ist wieder einmal ein schöner Traum ausgeträumt. Daß Aman Allah seinen Gegnern, vor allem den Mollas, d. h. der Geistlichkeit, gewisse Zugeständnisse machen wollte, ist schon seit einiger Zeit bekannt. Aber in diesem Umfang? Das läme einer völligen Niederlage gleich.

## Aus der Heimat und dem Reiche.

Remberg, den 14. Januar 1928.

### Esp Preisaus schreiben für das Radiumjubiläum.

Zum 400jährigen Jubiläum des Kleinen Radiumismus Martin Luthers erläßt die Vereinigung der Evangelischen Kirchen innerhalb der preussischen Landeskirche (Konfessionelle Gruppe einen Aufruf zur Beteiligung an einem Preisaus schreiben. Der Inhalt der Hauptworte soll in sachlicher, populärer, aber eindringlicher und biblisch tiefer Form der Gemeinde nahegebracht werden. Es ist dabei an Darbietungen gedacht, die in einer Reihe von Vorträgen oder Predigten in die Wahrheit des Radiumismus gründlich einführen. Für die beste Arbeit, die den Inhalt des Kleinen Radiumismus in zusammenhängenden Darlegungen, Vorträgen oder Predigten der Gemeinde nahebringt, ist ein Preis von 1000 Mark ausgesetzt. Ueber die Arbeiten entscheiden der geistliche Vizepräsident des Oberkirchenrats, Oberdomprediger D. Burggraf und die Generalsuperintendenten D. Zoellner und D. Zänker.

**Bad Schmiedeberg.** (Zwangsvorleistung.) Vor dem hiesigen Amtsgericht gelangten die Grundstücke der Rexamühlen Werke Alfred Lohse zur Zwangsvorleistung. Der Termin hatte eine große Anzahl Interessenten herangezogen. Nach etwa 3 1/2 stündiger Dauer des mehrfach unterbrochenen Termins blieb mit einem Vorgebot von 130600 M. für das Gesamtgrundstück die Leipziger Handels- und Verleihanbank Beibehalten.

**Trebitz, 11. Jan.** Auf dem hiesigen Bahnhof wollte heute früh der Rastler des Ueberlandweges Günther, der in Trebitz mocht auf den nach Wittenberg fahrenden Zug, der sich bereits in Bewegung gesetzt hatte, aufspringen, rutschte jedoch aus und geriet unter den Zug. Ihm wurden beide Beine vom Kumpfe getrennt und er ist inzwischen seinen schweren Verletzungen erlegen.

**Wörth, 10. Jan.** Das Gelände um den Wall zwischen Wörth und Vorderort, insbesondere bei dem sogenannten Margen Wasser, bot in den letzten Tagen ein seltsames Naturspiel. Aufsteigen von wilden Gärten gehen sich hier ein Spielchen, ein riesiges Gemimmel und Geflügel geben für den vorübergehenden Aufenthalt der Wildenten im Winter, wenn die Eise bei starken Frosteinbrüchen im Norden löchliche Ränder aufweisen, ist das Gelände wie geschaffen. Schon in früheren Jahren hat man hier häufig gewaltige Schwärme von Wildenten längere oder kürzere Zeit gesehen.

**Grina, 10. Jan.** Der Waldarbeiter Osmal Päg fand im Walde bei Grina am 4. Januar früh an seiner Arbeitsstelle einen kleinen grünen Amberballon, an dem eine Postkarte mit Neujahrswunsch für den Finder befestigt war. Er war am 1. Januar in Döbelberg von Frau Anna Köhn und Kurt Wagner, Ritterplatz 4, abgelassen. Döbelberg liegt von Grina in Südlinie 140 Kilometer entfernt. Der kleine Ballon hat somit eine weite Strecke zurückgelegt.

**Giffen.** Immer noch Kriegesfänge? In den Giffen beim Frankfurter Frieder Tage ein Mann ein, um nach seiner Heimatstadt Weimar zu fahren. Er erzählt, daß er und vierzehn Kameraden vor 14 Tagen aus der Kriegsgefangenschaft in Sibirien geflohen seien. Erst an der Grenze hätten sie erfahren, daß der Krieg längst zu Ende sei. Sie seien zunächst nach Berlin gekommen, wo sie Gendarmenüberprüfungen und jeder einen Militärarmel bekommen. In Weimar hätten sie sich dann getrennt, und jeder in seine Heimat zu fahren.

**Weimar, 10. Januar.** (Zahlungsbeleg) an die thüringische Regierung.) Durch den Auseinandersetzungsvertrag der Thüringischen Staatsregierung mit dem Thür. Evangelischen Landeskirchenrat sind nicht alle Forderungen der Kirche erfüllt worden. Die Regierung verweigert noch immer die Erfüllung einiger Verpflichtungen, die aus dem Jahre 1924 begründet werden. Daher hat nunmehr der Landeskirchenrat beim Amtsgericht in Weimar einen Zahlungsbeleg über eine halbe Million Mark beantragt. Wenn diese Maßnahme auch nicht erfolgte, um eine Verjährung der Ansprüche zu verhindern, so dürfte der Fall doch verurteilt werden, daß eine Landesregierung einen Zahlungsbeleg zugestellt erhält.

Er nickte und sprang in den Wagen. Der Diener schwang sich gewandt in den Sitz hinter ihm. Im nächsten Augenblick flogen die beiden Traber dahin, die Knieel nach allen Seiten liehben.

Die Straße war breit und gut fuhrbar. Man konnte also den folgenden Tieren freien Lauf lassen. Die Gegend stand in vollem Genussesam. Es war ein überaus liegendes Blühen, Knospen und Werden.

Es war etwas kühl. Die Sonne stand noch nicht allzu hoch. Ruth frohete. Eberhard bemerkte es und ließ die Traber in Gang fallen. Er füllte Ruth in die Decke ein, die über ihre beiden Köpfe gelegen war.

„Du hoffe nicht, daß du dich erkältest,“ sagte er besorgt. „Du hättest ruhig deinen Tuchmantel nehmen können, Ruth!“

„Du sollst dich nicht um mich sorgen, Eberhard!“ bat sie. „Du weißt, wie schlecht ich dir deine Liebe lobne. Und um ganz ehrlich zu sein: Sterben ist noch lange nicht das Schlimmste. Bieleicht wäre es das Beste für mich.“

Er wollte etwas erwidern, begann sich aber, daß der Latai auf dem Rücksitz jedes Wort hören konnte. So schwieg er.

Die Straße führte plötzlich steil nach aufwärts. Als die Höhe erreicht war, bot sich dem Auge ein entzückendes Bild. Tief unten im Tal lag Paburg, wie eine Königin zwischen zwei Hügelgängen hingetredt. Zwei Flüsse umschlangen sie gleich den Armen eines Stierens, der sein Bein an sich preßt. Dort, wo sie sich ineinanderfließen, wucherte der Dom mit seinen mächtigen drei Kuppeln, schmer, moßte. Wie Minaretts leuchteten die Spitztürme der anderen Kirchen in den Frühlingshimmel. St. Anton auf der Höhe, St. Maria, St. Paul tief unten! Die Studentkirche streckte ihre Türme wie zwei stumpfe Weile dazwischen, während das Kloster Niederburg mit seiner Kirche sich wie eine seltene Fenne unter das Schanermeer duckte. Weiter nach Westen lag ein mächtiges Viereck — die Kaserne mit einigen Bataillonen Reichswehr. Wo der Grenzbahnhof sich hin erstreckte, stiegen qualmende Rauchwolken, die eines Kraters, zum Himmel.

(Fortsetzung folgt.)

## Unter der Geißel des Lebens

Roman von J. Schneider-Förstl.

9. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

Forschend sah sie ihn an. „Er mußte lächeln. Das Kind von achtzehn Jahren fragte ihn, den Mann von achtunddreißig, ob er schon eine andere geliebt hätte.“

„Ja, Ulla,“ sagte er noch immer lächelnd. „Waren es viele?“

„Er nickte.“ „Ein Dugend?“ fragte sie ernst.

„Kind, ich weiß nicht mehr, wirklich nicht! Nun fühl ich dich ältern!“ sagte er lachend und preßte seine Lippen tief in die Lippen. „Und nun schlaß, mein Kleines. Sch habe noch zu arbeiten. Dieser Gang auf der Festung Paburg bringt mich noch auf Selbstmordgedanken. Alle Archive habe ich bereits durchstöbert und überall keine Erläuterung beiläufig gefunden, aber nirgends einen Anhaltspunkt, um es eigentlich zu finden. Seit fünf Jahren verzehe ich Knochen und Wogen mit Fischen und Nachgraben und immer ohne jegliches Resultat. Es ist zum Verrücktwerden!“

„Laß den dummen Gang!“ bat sie und strich über sein blaßes Gesicht.

„Das verziehst du nicht, Kind! Ich muß ihn finden! Ich muß! Ich komme sonst nicht zur Ruhe. Und nun schlaß aber! Du hast ganz milde Augen!“

Er rühte ihr die Rippen bequem, soß ihr die Decke etwas höher gegen die Brust und ließ sich hüllen.

„Laß die Türe zu deinem Arbeitszimmer offen, Herbert!“

„Ja, mein Liebes!“

Er trat in den antiken Raum, die Türe weit offen lassend. Er legte sich an seinen Schreibtisch, der mit Büchern und Zeitungsstücken derart belagert war, daß kaum

mehr ein Blatt Papier darauf Platz fand. Gleich darauf schalteten die Blätter unter seinen Händen. Wie er so darauf, veränderte sich der Ausdruck seines Gesichtes. Es zeigte nicht mehr den Stempel des lebenden Mannes, sondern trug das Gepräge des großen Deters und Fortschritts.

Nach einiger Zeit erhob er sich und ging seinen Schritten an das Bett seiner Frau. Sie schlief friedlich wie ein Kind. Die Lippen halb geöffnet, lächelte er den Atem, der ihrem Munde entströmte, über sein Gesicht gehen. Sie hatte beide Arme über dem Kopf getrennt. Bedachtsam nahm er sie herab und legte sie auf die Decke. Führend, sie konnte erwachen durch seine Berührung, blieb er noch eine Weile bei ihr liegen. Sie schlief tief und fest. Befriedigt kehrte er wieder an seinen Schreibtisch zurück.

Erst gegen zwei Uhr morgens, als sich seinen Namen nicht erhob er sich, öffnete das Licht und entzündete sich geräuschlos. Um sechs Uhr früh lag er bereits wieder über seinen Büchern.

Vor dem Eingang zur Halle auf Schloß Frauenstein stand ein Wägen, der Ruth und Eberhard nach Paburg bringen sollte. Kelling hatte sie beide eingeladen, mit auf die Festung zu kommen. Er wollte erneut Nachgrabungen anstellen, um den Verfall des Ganges ausfindig zu machen, und da Ruth und Eberhard wiederholt ihre Vntersuche dafür betundet hatten, hatte er sie von seinem Vorhaben verständigt.

Ruth tröpfte eben ihren hellen Staubmantel über dem leichten Wollkleid zusammen und lag ungeduldig nach Eberhard aus. Er kam wenige Minuten später raschen Schrittes aus der Halle, einen Brief in der Linken.

„Bon Tunde!“ sagte er. „Wenn du ihn noch lesen willst?“

Sie rief eilig den Umschlag aus. Es waren nur wenige Zeilen. Aber ihr Gesicht leuchtete in ettel Freude. „Die Kleine kommt am Samstag!“ erklärte sie Eberhard. „Sonntag ist ja Pfingsten.“ Das hatte ich ganz vergessen. Wie ich mich freue! Was mich nicht vergehen. Vieles, daß ich dem Gärtner sage, er soll die Rosen nicht schneiden. Ich brauche sie für Trubes Willkommensgruß.“



## Brennholz-Verkauf

Montag, den 28. Januar, vormittags 10 Uhr, sollen im Forsthaus **Barth** nachstehende Brennholzer öffentlich, meistbietend verkauft werden:

Revier Thielenhaide, Forstort Kochwitz  
ca. 150 rm Buchenküppel I.—II. Kl.  
ca. 180 „ Kiefernküppel I.—III. Kl.

Schöna, den 11. Januar 1929

Die Forstverwaltung  
O. Pöhlitz

## Mein Saison-Musverkauf

dauert noch bis einschließlich

Sonnabend, den 19. Januar.

Damen- und Kinder-Mäntel  
Mäster, Anzüge, Windjacken  
besonders preiswert

Wilhelm Wendanz

## Autofahrten

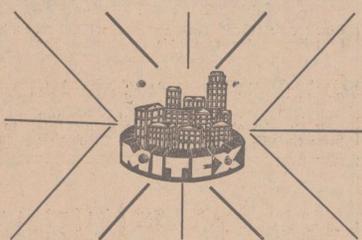
zu jeder Tages- und Nachtzeit  
mit geschlossenem Sechszylinderwagen sowie

Hochzeits- und Gesellschaftsfahrten.

Gleichzeitig empfehle für Einzelpersonen meine  
Hanomag-Limonade zu ermäßigten Preisen.

Arthur Meier, Kemberg

Fernsprecher 218



## Massen-Einkauf verbilligt die Preise!

Nur durch Masseneinkauf sind heute die Vorteile in Qualität und Preis zu erzielen, welche die Kundschaft verlangt.

Durch Zusammengehen und gemeinsamen Einkauf

ca. 40 grösster Kaufhäuser Deutschlands in der „Mitex“ (Mitteldeutsche Textil-A.-G. Zentrale Berlin mit Einkaufshäusern in Chemnitz, Plauen i. V., Apolda, Köln, ist es mir gelungen, meine Leistungsfähigkeit auf ein Höchstmaß zu steigern.

Nach meinem Erweiterungsbau bringt besonders meine bedeutend vergrößerte Abteilung

Leinen- und Baumwollwaren beste Qualitäten bei denkbar niedrigsten Preisen, bedingt durch eigene Ausrüstung von Rohware durch die „Mitex“.

C. G. Holtzhausen  
Wittenberg

Seit 120 Jahren Qualitätsware

## Morgen Dienstag früh 8 Uhr frischen Spedttuchen Ernst Wend

Empfehle morgen Dienstag 2 Uhr Schaum- und Fasten-Brezeln Am Mittwoch Pfann- und Spritztuchen Hermann Busch

Empfehle morgen Dienstag früh eintreffend frische grüne Heringe frischen Schellfisch Reinh. Hartmann

Einige Zentner Heu eine Lederjacke (gefüttert) eine fast neue Nähmaschine vor- und rückwärtsgehend, verkauft Burgstraße 36 Eine junge

Spannkuh nahe am Kalben verkauft Schulze, Dübenerstr. Mehrere Stämme Legehühner verkauft Schulze, Dübenerstraße

## Achtung! Neue Gänsefedern

Prima ungeriffene Pfd.	3,50 M
geriffene „	4,75 „
bessere „	5,50 „
Dauenschleiß „	7,50 „
Halbdaune „	5,50 „
Dreiviertel-Daune „	6,50 „
Volldaune „	9,50 „
Schneeweiß „	11,— „

Frau Reinecke, Lebensmittelgeschäft Kemberg

## Herren- und Berufs-Krautfahrer

werden gründl. u. individuell ausgebildet, kein Film, alle Teile in Originalen zu Modellen hergerichtet, groß. Übungsgebiete  
6) Auto-Feinze, Wittenberg Anmeldungen nimmt entgegen Fr. Pöhlitz, Fahrradhandlung, Kemberg, Leipziger Straße

## Butterbrotpapier in Rollen

Bergamentpapier empfiehlt Richard Arnold

Frau gesucht bei gutem Wochenverdienst für eine kleine Verkaufsstelle (kein Laden). Betreffende wird eingerichtet. Esfordert sich kleiner Betrag für Waren. Schriftliche Mitteilungen sind unter A 3 5 in der Geschäftsstelle d. Bl. abzugeben.

## 2 Jagdhunde

braun und braungelber, zugelassen. Gegen Erstattung der Injektions- und Futterkosten abzugeben bei Ferdinand Heymann, Gabis Unter

zahmer Fuchs entlaufen. Wiederbringer erhält Belohnung Paul Günther (Blauer Hekt)

## Zur Berichtigung

Die Unterschrift in meinem Lehrlingsgeluch muß anstatt Klempnermeister Kupfer Schmiedemeister heißen. Fritz Zeidler, Kupfer Schmiedemeister

## Zum Inventur-Musverkauf

bedeutende Preisermäßigung!

**Mäster für Herren und Knaben**  
Lodenjoppen — Windjacken  
**Herren- u. Knaben-Anzüge**  
**Konfirmanden-Anzüge**  
Strickwesten

## August Schulze

Suche zu Ostern für meine Bäder- und Konbitor unter günstigen Bedingungen einen

**Lehrling**  
Hermann Busch, Bäckermeister, Kemberg, Leipzigerstr. 26

**Einen Lehrling**  
stellt zu Ostern ein Ernst Stahl, Schneidermeister, Leipzigerstraße

**Gewerbe-Berein**  
Dienstag, den 15. Januar, abends halb 9 Uhr in der Bahnhofsstraße (L. Carl)

**General-Versammlung**  
Tagesordnung:  
1. Verlesen der letzten Niederschrift  
2. Kassen- und Jahresbericht  
3. Vorstandswahl  
4. Verschiedenes  
Um pünktliches Erscheinen aller Mitglieder bittet Der Vorstand

**M.-T.-V.**  
Am Dienstag abends 1/9 Uhr im Hotel Blauer Hekt

**Lehrer-Verein**  
Der Vorstand.  
Fritz Feuerwehrt  
Mittwoch, den 16. Januar, 8 Uhr bei Em. Bremer, Hopfenbläse

**General-Versammlung**  
Erscheinen sämtlicher Kameraden ist Pflicht  
Der Oberbrandmeister

**Hotel Palmbaum**  
Voranzeige  
Sonntag, den 20. Januar  
Rockbierfest

## Pfeil-Kaffee

Durch Aufstellung einer großen elektrischen Kaffeemühle mahle ich gratis meinen werten Abnehmern auf Wunsch den Kaffee ganz fein, wodurch eine erheblich größere Ausgiebigkeit des Kaffees erzielt wird.  
Nachachtung  
C. G. Pfeil, Kaffee-Rösterei

## Achtung Rotta Achtung

Sonntag, den 20. Januar, findet im Kunzeschen Lokale ein großer Bauernball statt. Großer Jubel.  
8 Uhr: Auftreten der originellen Bauernkapelle  
Anfang 7 Uhr. Es ladet freundlichst ein  
Der Rat der Gemeinde Heidekraut

Freitag nacht verschied nach langem schweren Leiden mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwieger-, Großvater und Onkel

## Albert Quinque

im 63. Lebensjahre.  
Dies zeigen tiefbetrübt an  
Die trauernden Hinterbliebenen  
Die Beerdigung findet Dienstag, den 15. Januar, nachm. 3 Uhr vom Trauerhause aus statt.

# Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: „Landmanns Sonntagsblatt“ und „Illustriertes Unterhaltungsblatt“. — Bezugspreis: Monatlich für Abholer 1,25 M., durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,35 M., in den Landorten 1,40 M., durch die Post 1,45 M. — Am Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung, Streik usw. ersichtlich jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die begehrteste Platzzeile oder deren Raum 15 Pfg., die begehrteste Anzeile 40 Pfg., Anzeigengebühr 50 Pfg. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für dringliche, dringende und dringlich geachtete oder durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen wird besonderer Garantie übernommen. / Beleggebühr: 10.— M. das Tausend, zuzüglich Postgebühr. Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 7

Dienstag, den 15. Januar 1929

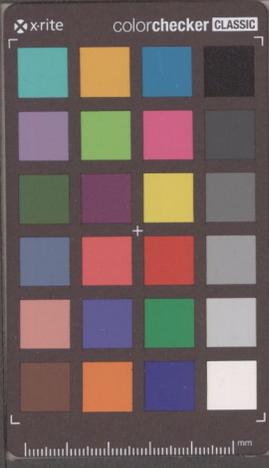
31. Jahrg

## Donnerstag, den 24. Januar Schweinemarkt

in Kemberg.  
Der Markt beginnt um 8 Uhr.  
Kemberg, den 11. Januar 1929.  
Der Magistrat.

## Brennholz-Versteigerung.

Freitag, den 18. Januar, 10 Uhr, sollen im Stadtfors Döppin  
94 rm kiefernes Scheitholz  
130 " " Rollholz  
41 " " buchenes u. hirsches Rollholz



fe aufgestellt wird, sondern auch hinsichtlich der Bedürfnisse, die sich aus dem Verhältnis zum Gesamtreich ergeben. Gemäß der bisherigen Stellungnahme der preussischen Regierung tritt hierbei in dem Plan Ergebnisse der Gedanke in der Vorbergründ, daß die Zentralstellen des Reiches zur exklusiven Durchführung einer Reihe reicherer Angelegenheiten nicht in die Notwendigkeit versetzt werden, sich einen eigenen Behördenapparat zu schaffen, daß sie sich vielmehr jeweils der dazu geeigneten Landesbehörden bedienen können, denen die betreffenden Angelegenheiten auf dem Wege der Auftragsvermittlung (ein Beispiel hierfür haben wir bereits bei der Reichsministerienverwaltung) übertragen werden. Es ist dabei allerdings zu bedenken, daß der Reichstag den entgegengelegten Standpunkt vertritt und die Auftragsvermittlung durch einen reichseigenen Behördenapparat erleben möchte. Ist aber nun einmal Vereinigung und Vereinfachung das Ziel (wobei der Staatsverwaltungs- als auch der Reichsreform, so gilt es vor allem, dem unübersichtlichen Durcheinander der Instanzen, dem schwerfälligen und kostspieligen Nebeneinander gleichartiger Dienststellen ein Ende zu machen. Die Liste dieser Fälle ist unendlich. Für was alles haben wir nicht gleichartige Verwaltungen in Ländern und Reich! Angefangen von den Bauverwaltungen, Forstverwaltungen, staatlichen Ämtern, Polizeibehörden, Kommissaren usw. bis zu den Fällen, wo die gleichen Gebiete (wobei von Reichs- wie von Landesbehörden bearbeitet werden müssen, wie bei Steuerfragen, bei Rückfragen, den Grenzverwaltungen zu Zwecken der Landesgrenzstellen einerseits und der Kaiserämter andererseits usw. ob infimum.

Abgesehen von solchen grundsätzlichen Erwägungen geht der preussische Reformplan hinaus, auf eine Dezentrierung der Aufgaben nach unten, während Aufgaben der unteren Instanzen nach Teil vor der Mittelinstanz der Regierungspräsidenten zusammengefaßt werden sollen. Dementsprechend wird die Stellung der Oberpräsidenten und der Regierungspräsidenten in wesentlichen Punkten abgeändert, ohne daß jedoch — was von mancher Seite her scharfe Kritik auslösen wird — die genannten Behörden in eine einheitliche Mittelinstanz zusammengezogen werden sollen. Im übrigen werden die Oberpräsidenten zukünftig vor allem ihre Aufgabe in der Ausführung der politischen Vertretung zu sehen haben, wodurch sie, wie es in dem Entwurf heißt, „zu einer Art Provinzialminister“ gemacht werden, während die allgemeine Landesverwaltung, die Polizeiangelegenheiten und die Aufsicht über die Lokalinstanzen in vollem Umfang bei den Regierungspräsidenten verbleiben. Es wird abzuwarten sein, was bei den Beratungen des Parlamentes von diesen Plänen übrig bleibt.

## Um den neuen Etat.

### Wie wird das Defizit gedeckt?

Wie jetzt bekannt wird, legt der Reichsfinanzminister am Montag dem Reichskabinett den neuen Haushaltsplan für das Jahr 1929 vor. Wenn das Reichskabinett den Entwurf genehmigt hat, geht er an den Reichsrat und von dort an den Reichstag. Es ist fraglich, ob es noch möglich sein wird, den Etat rechtzeitig bis zum 1. April zu erledigen.

Auf Grund von Indikationen sind in der Presse verschiedene Einzelheiten über den Haushaltsplan bereits jetzt bekannt geworden, obwohl eine offizielle Veröffentlichung noch nicht erfolgt ist. Danach balanciert der Etat mit rund 10 Milliarden Mark. Infolge der erhöhten Leistungen für die Reparationen beträgt das Defizit rund 500 Millionen, das sich auch durch Einparungen nicht verringern lassen soll. Zur Deckung dieses Defizites ist geplant, die Steuererträge um rund ein Drittel zu erhöhen, so daß fast 370 Millionen daraus entnommen werden können. Weitere 100 Millionen sollen aus einem Mehrertrag des Spiritusmonopols gewonnen werden. Durch Steigerung der Einnahmen für die großen Vermögen wird eine wesentliche Erhöhung der Vermögenssteuern und eine geringere Erhöhung der Geschäftssteuer herbeigeführt werden. Auch die Reichspost soll ihre Aufgaben an das Reich erhöhen, während die Anteile der Länder an den Uebererträgen der großen Reichsteuern um rund 100 Millionen gestärkt werden sollen.

Diese Ausführungen wurden von zuständiger Stelle zwar nicht bestätigt, vielmehr betonte man, daß es sich hier um nur eine ungefähre Angabe handelt. Es ist ja nicht verwunderlich, loger wahrscheinlich, daß bei der Beratung innerhalb des Reichskabinetts der Haushaltsplan noch einer Änderung unterworfen wird. Schon jetzt rechnet man damit, daß der Plan auf nicht geringe Schwierigkeiten auch in der Reichsregierung stoßen wird. Am lo komplizierter dürfte sich dann die Verhandlungen in den Parlamenten gestalten.

## Neues in Kürze.

- \* In einer inselationellen, später aber als „Wohlfahrtsan“ ausgelegten, Beurlaubung erkrankte der „Großherzog“ des Meisen Hauses, Deutschland töme weiterhin jährlich zweitausend Milliarden Reparationen bezahlen.
- \* Nach kürzlicher Nachsicht, während deren Poincare in einer großen Rede hinsichtlich des Sachverständigen-Gutachtens (sicherlich die Bedeutung, welche die französische Regierung mit verhältnismäßig schwacher Mehrheit ein Vertragsentwurf.
- \* Nach Londoner Informationen soll Amann sein Reformprogramm gänzlich aufgegeben haben.

## Finanzielle Kriegesfolgen.

### Bulgarische Verhandlungen in Berlin.

Berlin, 13. Januar.  
Ueber den Gegenstand der zurzeit in Berlin schwebenden Verhandlungen zwischen der bulgarischen Regierung und der Disconto-Gesellschaft erklärt man folgendes:  
Im Jahre 1914 nahm Bulgarien in Deutschland eine Anleihe auf, die von einem Kontrakt über die Führung der Disconto-Gesellschaft übernommen wurde. Als die Disconto-Gesellschaft nach Kriegsende an Bulgarien wegen Liquidierung der Anleihe herantrat, ergaben sich Schwierigkeiten. Für seine Teilnahme am Kriege hatte Bulgarien von Deutschland monatliche Hilfszahlungen in Höhe von 50 Millionen Mark zugesichert erhalten, von denen bei Kriegsende noch 850 Millionen Mark zu zahlen waren. Dieses Guthaben war von der deutschen Regierung, da es gemäß Artikel 145 des Friedensvertrages von Neuilly auf die Reparationskommission übertragen werden mußte, vorläufig gesperrt worden, bis Bulgarien einen gegenseitigen Beschluß der Reparationskommission bekräftigte. Dieser Beschluß wurde von den deutschen Banken gemacht. Die Disconto-Gesellschaft hat nunmehr in Bulgarien nicht seine Zustimmung. So kam es, daß das Guthaben der bulgarischen Nationalbank durch die deutsche Inflation völlig entwertet wurde. Um seinen Verlust in etwas zu decken, wollte Bulgarien einen Teil seiner Anleiheschuld an die Disconto-Gesellschaft als politische Schuld, als Guthaben demnach Deutschland, anleihen, und stellt entsprechende Gegenleistungen, die Disconto-Gesellschaft weigerte sich selbstverständlich, ihre private Forderung an Bulgarien als politische Angelegenheit zu betrachten und bestand auf ihrem Verlangen der direkten Erledigung.

Als nun Bulgarien 1928 beim Völkerverbund eine Stabilitätskonvention unterzeichnete, wurde zu deren Unterzeichnung auch die bulgarische Ein- und Ausfuhrzölle dienen machte die Disconto-Gesellschaft ihr Primärrecht auf die Zölle geltend. Unter Berücksichtigung dieses Einpruches machte der Völkerverbund die Gewährung der Anleihe von einer vorherigen Beschäftigung Bulgariens mit der Disconto-Gesellschaft abhängig. Auf Grund von daraufhin eingeleiteten Verhandlungen kam es im Herbst 1928 auch zu einer vorläufigen Einigung, wonach Bulgarien sich verpflichtete, nach Aufhebung der Weltverbandsbeschränkung der Disconto-Gesellschaft die Zölle zu zahlen, was die Disconto-Gesellschaft als politische Schuld an Bulgarien anerkennen sollte. Hierfür gab die Disconto-Gesellschaft ihren Einpruch zurück, und die Anleihe wurde Bulgarien gewährt.

Die nunmehr in Berlin in Verfolg des vorläufigen Abkommens stattfindenden Verhandlungen Bulgariens mit der Disconto-Gesellschaft haben einen umfangreichen Fragekomplex zu bewältigen, so daß mit einer mehrwöchigen Dauer zu rechnen ist.

## Poincare macht Vorbehalte.

Deutschland soll für Frankreichs Kriegsschulden haften

Paris, 14. Januar.

Im Verlaufe der Abklärung der Reparationsverpflichtung des Reichspräsidenten Poincare hat Wort zu längeren Auseinandersetzungen, wobei es auch auf Frankreichs Vorbehalte in Bezug auf die Reparationskonferenz zu sprechen kam. Er führte dabei u. a. aus:  
Die Gläubigerregierungen haben Wert darauf gelegt, Deutschland die Natur und die Bedeutung ihrer gegenwärtigen Ansprüche mitzuteilen. Deshalb sind sie einmütig der Meinung gewesen, die Vorkehrungsmassnahmen zu ergreifen, Deutschland über das Mindestmaß zu unterstützen, das sie annehmen könnten. In einer Note hat die französische Regierung verlangt, daß ihr genügend hohe Summen vorbehalten bleiben, um ihre Zahlungen an Amerika leisten zu können und eine Entschädigung zu erhalten, um ihre Reparationen zu decken. Deutschland hat Vorbehalte gemacht, aber es hat keine Zustimmung zu der Erneuerung der Sachverständigen gegeben. Ich hoffe aufrichtig, daß nach aufrichtiger Prüfung der Sachverständigenauskunft anerkannt wird, daß die französischen Forderungen mäßig sind, daß die gegenwärtigen Jahreszahlungen und der deutschen Zahlungsfähigkeit angepaßt sind und daß der Bericht Parter Gilberts eine geeignete Unterlage für die Verhandlungen bildet. Wenn der Auslöschung nicht zu dem Ergebnis kommen sollte, wird man müssen, da dieser Lösung bestehen wird, bis er durch eine andere Lösung ersetzt werden kann. Wenn aber der Aus-

an die Details, und der große Vereinfachungsgebäude ging in langen und ruhigen Einzeldebatten unter.

Der Plan zu einer Reform der allgemeinen preussischen Staatsverwaltung und des geltenden kommunalen Rechts, den der preussische Innenminister Gzeffitski in programmatischen Erklärungen vor der Presse jetzt angekindigt hat und der demnächst den preussischen Landtag beschäftigen wird, packt nun die Sache bewußt vom andern Ende an. Er verschiebt zunächst auf eine eingehende Darstellung aller geplanten Maßnahmen im einzelnen und legt die großen Linien einer Vereinigung des preussischen Verwaltungsprinzips und Verwaltungsapparates dar, der den Rahmen zu einem durchgearbeiteten, einheitlichen Plan bilden soll. Es ist nicht zu leugnen, daß der Zeitpunkt für eine Vereinigung des staatsbürgerlichen Apparates vom politischen Standpunkt aus, wenn vielleicht auch nicht tattlich günstig, so doch praktisch richtig gewählt ist. Der Gedanke der Reichsreform ist unauflöslich in den Gedankenkreis der Öffentlichkeit übergegangen, und es ist sicher richtig, daß, wie der Minister selbst dieser Tage in einem Berliner Blatt im einzelnen darlegte, die staatliche Verwaltungsreform — richtig gesehen — eine notwendige Voraussetzung für die Reichsreform sein wird, gleichgültig, wie diese letztere später im einzelnen aussehen wird. „Der Verwaltungsapparat“, so heißt es in dem Artikel Gzeffitskis, „wie er jetzt in den einzelnen Ländern vorhanden ist, wird auch für den Reichsreform ein unauflöslich und unentbehrlich sein, gleichgültig, in welchem Maße er demontiert sein wird.“

Aus diesen Ausführungen des für die preussischen Verwaltungsreformpläne heute maßgebenden Mannes geht schon ein Hauptgeheimnis hervor, unter dem der Umbau des Verwaltungsapparates vor sich gehen muß: Die staatliche Verwaltungsreform muß von vorneherein auf die Zukunft angelegt sein, und zwar nicht nur, was das Land angeht, zu dessen Gebrauch